



**Niedersächsische  
Staatskanzlei**

Niedersächsische Staatskanzlei, Postfach 2 23, 30002 Hannover

Bundesverband Beruflicher Naturschutz e.V.  
Herrn Heinz-Werner Persiel  
Am Wacholder 3  
30459 Hannover

Bearbeitet von Herrn Schörghusen

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
19.05.2005

Mein Zeichen (Bei Antwort angeben)  
104 Nr. 0550/1

Durchwahl (05 11) 120 - 6961 Hannover  
Telefax: (05 11) 120 - 996661 31.05.2005

Sehr geehrter Herr Persiel,

im Namen von Herrn Ministerpräsident Wulff danke ich Ihnen für Ihre Informationen und Ihre Meinungsäußerung zum Thema Föderalismusreform. Ihre Ausführungen sind hier mit Interesse zur Kenntnis genommen worden.

Die Föderalismusreform gilt als eine der wichtigsten Reformen Deutschlands, da sie Entscheidungsabläufe beschleunigen soll. Wie Sie wissen, hatten Bundestag und Bundesrat am 16. und 17. Oktober 2003 jeweils den Beschluss gefasst, eine Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung einzusetzen. Die Kommission hat sich aber leider nicht auf gemeinsame Vorschläge verständigen können und ihre Arbeiten am 17. Dezember 2004 beendet.

Die Kommission sollte insbesondere die Zuordnung von Gesetzgebungszuständigkeiten von Bund und Länder, die Zuständigkeiten und Mitwirkungsrechte der Länder in der Bundesgesetzgebung und die Finanzbeziehungen (insbesondere Gemeinschaftsaufgaben und Mischfinanzierungen) zwischen Bund und Ländern überprüfen. Sie sollte die Fragen zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung auch vor dem Hintergrund der Weiterentwicklung der Europäischen Union und der Situation der Kommunen beleuchten. Darüber hinaus hatte sie sieben Projektgruppen zu speziellen Schwerpunktthemen eingerichtet (u.a. Umwelt- und Verbraucherschutz).

Der Bund ist derzeit zwar grundsätzlich zuständig für die Gesetzgebung in den Bereichen Boden, Abfall, Luft, Lärm und Strahlung. Für Natur und Wasser kann er aber nur Rahmenrecht setzen. In diesen Fällen müssen dann sechzehn Landesgesetzgeber ausfüllende Vorschriften erlassen. Was die EU sektorenübergreifend geregelt hat, muss in Deutschland anschließend meist wieder sektoral aufgegliedert und Teile den Ländern aufgetragen werden. Es ist auf jeden Fall sinnvoll, hier über eine effektivere Kompetenzverteilung nachzudenken.

Niedersachsen wird sich konstruktiv an dieser Diskussion beteiligen. Diese wird aber sicher erst nach der Bundestagswahl wieder aufgenommen.

Vor diesem Hintergrund möchte ich um Verständnis dafür bitten, dass ein MP-Gespräch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sinnvoll erscheint. Dies haben Sie in unserem heutigen Telefongespräch ebenfalls so eingeschätzt. Wir haben deshalb vereinbart, vorerst die Entwicklung auf Bundesebene abzuwarten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'G. Müller', written in a cursive style.